

Gentechnik allgemein

Golden Rice: Philippinische Richter stoppen Anbau

Der Supreme Court, das oberste Gericht der Philippinen, hat den Anbau von *Golden Rice* im April per einstweiliger Verfügung verboten. Die klagenden Bauern- und Umweltorganisationen begrüßten die Entscheidung.

Mehrere philippinische Organisationen und Einzelpersonen, angeführt von der Bauernvereinigung Masipag und Greenpeace Südostasien, hatten im Oktober 2022 an das Gericht appelliert, den von der Regierung erlaubten kommerziellen Anbau von *Golden Rice* und gv-Auberginen zu verbieten. Sie begründeten dies mit den Risiken für Gesundheit und Umwelt, die mit einer großflächigen Aussaat verbunden seien. Mit ihrer Eingabe nahmen sie ein in der philippinischen Verfassung verankertes Recht in Anspruch, das auf Englisch als „Writ of Kalikasan“ bezeichnet wird. Kalikasan ist das philippinische Wort für Natur. Dieses Recht erlaubt Einzelpersonen und Organisationen, sich an das oberste Gericht zu wenden, wenn sie durch die Entscheidung einer Behörde oder einer Privatperson das in der Verfassung verankerte Recht auf eine ausgewogene und gesunde Umwelt verletzt oder bedroht sehen. Dabei muss diese Gefahr mindestens Menschen in zwei Städten oder Provinzen betreffen. Verbunden war die Eingabe mit der Bitte an das Gericht, den Anbau bis zu einem abschließenden Urteil mit einer einstweiligen Verfügung auszusetzen.

Das oberste Gericht hat diesem Antrag stattgegeben, den Anbau vorerst gestoppt und die Ministerien für Landwirtschaft und Umwelt sowie das Internationale Reisforschungsinstitut IRRI aufgefordert, innerhalb von zehn Tagen Stellung zu nehmen. Diese Frist lief Ende April aus. Danach sieht das Prozedere für ein „Writ of Kalikasan“ vor, dass das Gericht beide Parteien innerhalb von 60 Tagen anhört. Ist der Vorgang aus Sicht des Gerichts danach reif für eine Entscheidung, muss diese nach weiteren 60 Tagen verkündet werden. Offen lassen die Verfahrensregeln, wieviel Zeit sich die Richter*innen nehmen können, um nach der Anhörung die gesammelten Daten und Argumente zu prüfen, einzuordnen und daraus eine Entscheidung zu entwickeln. Und im Fall des „goldenen Reises“ sind das viele Aspekte. Wie die

Nachrichtenwebseite „Philstar Global“ ausführt, forderten die antragstellenden Organisationen diverse Maßnahmen: Die Zulassungen für gv-Reis und -Auberginen sollen zurückgezogen werden. Das Gericht soll eine unabhängige Risikoprüfung anordnen, ferner sicherstellen, dass Bauern und Indigene einer Freisetzung vorab zustimmen. Schließlich soll es klarstellen, wer für eventuelle Schäden aufkommt. Addiert man die vorgesehenen Fristen, ist kaum mit einer Entscheidung vor Herbst 2023 zu rechnen. Zumal der Supreme Court bis Anfang Juni Sitzungspause macht, um sich inhaltlich mit bereits laufenden Verfahren zu beschäftigen, wie die Webseite „Manila Bulletin“ schreibt. (...)

„Goldener Reis“ (englisch: *Golden Rice*) ist eine vor einem Vierteljahrhundert entwickelte gv-Pflanze, die einst als gentechnische Lösung angepriesen wurde, um den Vitamin A-Mangel in Entwicklungsländern zu beheben. Die Sorte wird bis heute nirgends kommerziell angebaut. Nur das IRRI setzte die Forschungen fort und durfte schließlich im vergangenen Jahr erstmals größere Feldversuche durchführen, bei denen 67 Tonnen „goldener Reis“ geerntet wurden. Die philippinische Regierung setzt stark auf Gentechnik und plant, dass Golden Rice 2027 auf zehn Prozent der Reisanbaufläche wachsen soll, was ungefähr 500.000 Hektar entspräche. Zudem hat die Regierung im vergangenen Herbst auch den kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Bt-Auberginen zugelassen. Sie produzieren ein Bakteriengift gegen Schädlinge und werden bisher kommerziell nur in Bangladesch angebaut.

Quelle: [Infodienst Gentechnik](#)

Siehe auch: [Supreme Court of the Philippines: SC Issues Writ of Kalikasan on Genetically Modified Rice and Eggplant Products \(19.04.2023\)](#) sowie [Philstar Global: SC issues writ vs GMO golden rice, eggplant \(20.04.2023\)](#)

Holz-Siegel FSC bleibt vorerst gentechnikfrei

Der Forest Stewardship Council (FSC) hat seine vorsichtige Öffnung hin zu gentechnisch veränderten Bäumen zurückgenommen. Damit reagierte die Organisation auf massive Proteste von Umweltorganisationen. Ganz vom Tisch ist das Thema Gentechnik beim FSC damit noch nicht. Denn große FSC-zertifizierte Unternehmen wollen gv-Bäume anbauen.

Ende März teilte der FSC-Vorstand mit, er werde den im Februar 2022 begonnenen Gentechnik-«Lernprozess» beenden. Ziel des Prozesses war zu entscheiden, ob FSC-zertifizierte Unternehmen außerhalb ihrer FSC-Flächen gentechnisch veränderte (gv) Bäume kommerziell anpflanzen dürfen – was die Standards derzeit verbieten. Doch diese Überlegungen stießen innerhalb und außerhalb des FSC auf massiven Protest, der den Vorstand schließlich zu einer Reaktion zwang. „Bei der Entscheidung wurden die unterschiedlichen Auffassungen der FSC-Mitglieder über den

Lernprozess, die damit verbundene Spaltung des FSC sowie das potenzielle Risiko für den Auftrag und den Ruf des FSC berücksichtigt“, hieß es in der Erklärung des Vorstandes. Die Entscheidung sei im Konsens getroffen worden, wobei zwei von sieben Vorstandsmitgliedern Vorbehalte gegen das Vorgehen geäußert hätten.

„Diese Entscheidung des FSC, gentechnisch veränderte Bäume abzulehnen, spiegelt die ernststen ökologischen und wissenschaftlichen Fragen wider, die diese Technologie aufwirft und die in den letzten Jahren im Interesse der Unternehmen vertuscht wurden“, sagte Anne Petermann vom Global Justice Ecology Project, das die Kampagne STOP GE Trees koordiniert. Mehr als 130 Umwelt- und Sozialrechtsgruppen aus 34 Ländern, darunter 10 FSC-Mitglieder, hatten einen Aufruf der Kampagne unterzeichnet und damit den FSC aufgefordert, Anbau und Verarbeitung von gentechnisch veränderten Bäumen weiterhin zu verbieten und sich nicht an Feldversuchen zu beteiligen. Diese großflächigen, vom FSC zu überwachenden Feldversuche waren ein wichtiger Teil des jetzt beendeten Lernprozesses. (...)

Vom Tisch ist das Thema Gentechnik beim FSC damit noch nicht. Denn der Vorstand betonte in seiner Erklärung auch, wie wichtig es sei, „die neuesten Entwicklungen in Wissenschaft, Technologie und Wissen zu diskutieren und auf dem Laufenden zu bleiben, um eine verantwortungsvolle Waldbewirtschaftung zu verbessern, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Werte auf verschiedenen Wegen erfüllt“. Auf seiner nächsten Sitzung im August 2023 will der Vorstand erörtern, wie diese Diskussion weitergeführt werden soll. Zu vermuten ist, dass Suzano weiterhin dafür eintreten wird, die Standards aufzuweichen. Denn nach der noch gültigen FSC-Politik kann das brasilianische Unternehmen Suzano Papel & Celulose seine gentechnisch veränderten Eukalyptusbäume nicht kommerziell anbauen, ohne vorher den FSC zu verlassen, „was erhebliche Auswirkungen auf die Märkte des Unternehmens haben könnte“, wie die Kampagne STOP GE Trees schreibt. Auf der Gentechnikseite des FSC steht weiterhin: „Der FSC ist sich bewusst, dass mehrere FSC-zertifizierte Unternehmen ihre gentechnische Forschung vorantreiben, und die FSC-Richtlinien in diesem Bereich nicht den aktuellen Stand der Forschung oder Technologien widerspiegeln.“

Doch fürs erste dürfte der FSC-Vorstand seine Lektion gelernt haben – was der Kampagne Zeit gibt, sich auf zwei andere bedrohliche Entwicklungen zu konzentrieren. Das US-Landwirtschaftsministerium kann jederzeit erlauben, dass die gentechnisch veränderte Kastanie „Darling 58“ unkontrolliert in amerikanische Wälder ausgewildert wird. Hinzu kommt eine gv-Pappel, die das Unternehmen Living Carbon in großem Stil anbauen will – wofür es nicht einmal eine Genehmigung braucht. Und auch in Europa forschen Wissenschaftler:innen an gv-Bäumen und pflanzen schon Versuchspappeln, etwa in Schweden.

Quelle und weitere Links: [Infodienst Gentechnik](#), **siehe auch:** [Forest Stewardship Council: FSC Genetic Engineering Learning Process will not go ahead \(31.03.2023\)](#)

Neue Gentechnik EU

Kommissionsvorschlag soll «starkes Signal» senden

Die Europäische Kommission setzt offenbar große Hoffnungen auf die Überarbeitung des Rechtsrahmens für die neuen Züchtungstechniken. Das ist am 25. April bei einer Aussprache von EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides mit dem Landwirtschaftsausschuss des Europaparlaments deutlich geworden. Laut Kyriakides wird das neue Regelwerk ein „sehr starkes Signal“ an Landwirte, Wissenschaftler und Wirtschaft senden und verdeutlichen, dass dies der künftige Kurs der EU sei. Mit neuen Züchtungstechniken erzeugte Pflanzen könnten die Nachhaltigkeit voranbringen. Nach Angaben der Gesundheitskommissarin soll der Vorschlag in den kommenden Monaten veröffentlicht werden und auf drei Elementen basieren. Neben dem Erhalt von „sehr hohen Sicherheitsstandards“ sind dies „Nachhaltigkeit durch Innovation“ sowie die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft“. Bedenken hinsichtlich der Koexistenz mit dem Ökolandbau und der gentechnikfreien Produktion versuchte Kyriakides zu zerstreuen. Die Problematik sei vorgebracht worden und werde im Rahmen der aktuell in Arbeit befindlichen Folgenabschätzung berücksichtigt. Mit Blick auf die Kontroverse um die geplante Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) verwies die Kommissarin erneut auf das im vergangenen November bekanntgewordene inoffizielle Diskussionspapier der Kommission. Die Behörde habe die Bedenken aufgenommen und Alternativen zum ursprünglich ins Spiel gebrachten Anwendungsverbot in sensiblen Gebieten vorgeschlagen. Das Papier sei vorgelegt worden, um die Trilog-Verhandlungen zu erleichtern und den Gesetzgebern klare Optionen an die Hand zu geben.

Quelle: agrarzeitung.de

Siehe auch: [EU-Kommission will Neue Gentechnik zügig deregulieren. Kyriakides: Vorschlag für neues Gesetz wird noch vor der Sommerpause vorgelegt](#)

Neue Gentechnik: Risiken unbeabsichtigter genetischer Veränderungen werden ‚übersehen‘. Diskussionspapier der EU-Kommission geleakt

Testbiotech kritisiert ein Diskussionspapier des „Service“ der EU-Kommission, das jetzt an die Öffentlichkeit gelangt ist. Darin werden Kriterien vorgeschlagen, die für eine Deregulierung von Pflanzen aus Neuer Gentechnik (NGT) dienen können. Zu diesem Zweck werden Genveränderungen, die durch die Verfahren der NGT verursacht werden, mit bisherigen Verfahren der konventionellen Züchtung und Zufallsmutagenese verglichen.

Das Diskussionspapier kommt zu der Einschätzung, dass beabsichtigte genetische Veränderungen, die bspw. durch die Gen-Schere CRISPR/Cas verursacht werden, sich von denen der konventionellen Zucht unterscheiden können, während dies bei unbeabsichtigten Veränderungen nicht der Fall sei. Die AutorInnen ‚übersehen‘ dabei aber, dass sowohl beabsichtigte als auch unbeabsichtigte genetische Veränderungen bei NGT-Pflanzen (u.a. durch die Gen-Schere CRISPR/Cas) durch dieselben Mechanismen verursacht werden.

Tatsächlich zeigen mehrere Publikationen, dass die NGT-Verfahren auch zu unbeabsichtigten genetischen Veränderungen führen können, die bei konventioneller Züchtung und Zufallsmutagenese nicht zu erwarten sind. Diese Genveränderungen (ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt) sind für die Risikobewertung sehr wichtig: Durch sie können Schäden in der Umwelt und an der Gesundheit ausgelöst werden, die über das hinausgehen, was aus der konventionellen Zucht bekannt ist. Da diese Zusammenhänge im Diskussionspapier nicht erwähnt werden, ist es nicht nur unzureichend, sondern irreführend.

Testbiotech kommt zu dem Schluss, dass auch in Zukunft alle Pflanzen aus Neuer Gentechnik einer verpflichtenden Risikoprüfung unterzogen werden müssen. Diese Risikoprüfung ist unverzichtbar, um festzustellen, welche Genveränderungen durch die NGT-Prozesse verursacht werden und ob sie Auswirkungen auf Mensch und Umwelt haben können.

Zudem warnt Testbiotech davor, dass, falls potentiell gefährliche genetische Veränderungen übersehen werden, sich diese rasch in den Zuchtpopulationen ausbreiten und durch nachfolgende Kreuzungen auch akkumulieren können. Diese Folgen haben das Potential, die Zukunft der Pflanzen- und Tierzucht zu beeinträchtigen und sind eine Gefahr für die Ernährung künftiger Generationen. Testbiotech hat diese Zusammenhänge in einem Brief an die EU-Kommission deutlich gemacht.

Quelle: [Testbiotech](#), **siehe auch:** [Das Diskussionspapier der EU-Kommission](#) sowie: [Der Brief von Testbiotech](#)

Neue Freilandversuche mit CRISPR-Pflanzen in der EU

In diesem Jahr liegen EU-weit bisher sechs Anträge für Feldversuche mit Pflanzen vor, die mittels CRISPR/Cas verändert wurden. Sie betreffen vor allem Kartoffeln sowie Mais, die in drei Ländern angepflanzt werden sollen: Schweden, Dänemark und Belgien. Alle Pflanzen sind noch weit von einer Marktreife entfernt. Die Informationen zu den geplanten Versuchen stammen aus dem zentralen Register der Europäischen Kommission für Freilandversuche. Dorthin melden die zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten bei ihnen eingegangene Anträge mit gentechnisch veränderten (gv) Pflanzen.

Drei Meldungen kommen aus Schweden. Dort will das Umeå Plant Science Center (UPSC) auf 5.000 Quadratmetern drei verschiedene gv-Kartoffel-Linien ausbringen: eine mit veränderter Stärkezusammensetzung, eine die weniger anfällig für Krankheiten ist und eine dritte, die weniger Verbindungen wie Lektine oder Alkaloide enthält, die die Nährstoffaufnahme behindern. Beantragt sind die Versuche für fünf Jahre. Die Forschenden der UPSC wollen untersuchen, wieviel Ertrag die Linien bringen und wieviel Stärke die reifen Knollen enthalten. Sie wollen herausfinden wie anfällig die Linien bei Kälte, Trockenheit oder Krankheiten sind. Die Stärke aus den Knollen wollen die Forschenden extrahieren und für verschiedene Anwendungsstudien verwenden. Sortenprüfung und Vermarktung werden als „langfristige Ziele“ angegeben. Laut EU-Register haben die schwedischen Behörden den Antrag bereits genehmigt.

Forschende der schwedischen Agrar-Universität SLU wollen an sieben Standorten gv-Kartoffeln pflanzen, die widerstandsfähiger gegen Krankheitserreger sein und bessere Ernten liefern sollen. Die auf fünf Jahre angelegten Versuche sollen zeigen, ob die veränderten Merkmale stabil sind und die Kartoffeln tatsächlich resistent. „Der Versuch ist nur für Forschungszwecke bestimmt“, heißt es in der Beschreibung für das EU-Register. Dort steht auch, dass noch nicht bekannt ist, ob die Behörden dem Antrag zugestimmt haben. Dies gilt auch für den dritten Versuch aus Schweden, mit dem Wissenschaftler*innen der Universität Umeå mehr über Photosynthese und Hormonbiologie herausfinden wollen. Ihr Versuchsobjekt ist die Acker-Schmalwand, die von Gentechniker:innen gerne als Modellpflanze für die Grundlagenforschung verwendet wird.

In Dänemark hat der Kartoffelzüchter und -verarbeiter KFC Amba zwei Feldversuche beantragt. Einer umfasst Knollen, die mit Hilfe von CRISPR/Cas der Kraut- und Knollenfäule trotzen sollen. Das Verfahren haben Wissenschaftler*innen der Universität Kopenhagen und der schwedischen SLU entwickelt. Es könnte sich also um die gleichen oder ähnliche Linien handeln, wie sie auch in Schweden getestet werden. Die zweite gv-Kartoffel von KFC Amba weist eine veränderte Stärkezusammensetzung auf und hat auch schon einen Namen: WaxyWotan. Auch hier haben dänische und schwedische Wissenschaftler kooperiert und das Verfahren bereits 2019 veröffentlicht. Beide Anträge sind nur für ein Jahr gestellt und umfassen jeweils weniger als 500 Quadratmeter Anbaufläche. Die zuständige dänische Behörde hat eine öffentliche Beteiligung gestartet (bis 17. April). Die dazu eingereichten und veröffentlichten Unterlagen legen die Vermutung nahe, dass KFC Amba mögliche Nebenwirkungen bisher nicht untersucht hat. Es heißt dort bei der gegen Krautfäule resistenten Knolle lediglich: „Die Erfahrung aus der traditionellen Kartoffelzucht zeigt, dass diese Art von Mutation, wenn sie natürlich auftrat, keine Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier hatte“. Auch sei nicht zu erwarten, dass es durch den gentechnischen Eingriff „zu Veränderungen bei der Stärkesynthese oder der sonstigen Art und Weise, wie die Pflanze wächst, gekommen ist“.

In Belgien hat das Biotech-Unternehmen Inari Agriculture aus den USA beantragt, einen Mais anpflanzen zu dürfen, dessen Höhe mit CRISPR/Cas begrenzt wurde. Der kleinwüchsige Mais soll ein Jahr lang angebaut werden, um Entwicklung und Ertragspotential im Freiland zu testen. Standort des Versuchs ist das staatliche Forschungszentrum ILVO; als Fläche sind 1.800

Quadratmeter angegeben. Die zuständige belgische Behörde hat den Antrag im Februar als bereits genehmigt online gestellt und ihn im März an die EU gemeldet.

Quelle: [Infodienst Gentechnik](#)

Siehe auch: [Datenbank der EU-Kommission: Deliberate Release into the environment of plants GMOs for any other purposes than placing on the market \(experimental releases\)](#)

Neue Gentechnik: Regulierungsdiskussion

Corteva kündigt freiwillige Kennzeichnung an

Corteva Agriscience, das zweitgrößte Saatgutunternehmen der Welt, erklärt, dass es alles Saatgut, das mit "neuen genomischen Techniken" (NGT) gezüchtet wurde, kennzeichnen wird, auch wenn die kommenden EU-Vorschriften dies nicht vorschreiben.

Unsere Verpflichtung: "Wir verpflichten uns, die Züchtungsmethoden, mit denen das Saatgut zur Verfügung gestellt wird, [freiwillig] offenzulegen", sagte Teresa Babuscio von Cortevas Europa- und Asienabteilung. "Auf diese Weise stellen wir sicher, dass die Landwirte die Ernte nicht nur auswählen, sondern auch entsprechend dem Mehrwert vermarkten können, den der NGT für die Ernte bringt."

Babuscio sagte, es sei noch zu früh, um darüber zu spekulieren, wie Corteva die Informationen offenlegen würde, aber es könnte dazu führen, dass Etiketten oder Strichcodes auf den Säcken angebracht werden, zusammen mit den Papieren, die die Landwirte beim Kauf des Saatguts unterschreiben. Dieser Ansatz könnte dazu beitragen, die Befürchtungen zu zerstreuen, dass der Einsatz von genverändertem Saatgut Auswirkungen auf Sektoren wie den ökologischen Landbau haben könnte, so Babuscio: "Die Landwirte werden wissen, was sie kaufen und was sie in den Boden für den Anbau einbringen."

Corteva ist bisher das einzige große Saatgutunternehmen, das sich im Vorgriff auf die kommende EU-Verordnung zur Kennzeichnung von NGT-Produkten verpflichtet hat. Nach dem Widerstand der kommissionsinternen Aufsichtsbehörde werden die Entwürfe der Vorschriften nun voraussichtlich Ende Juni vorliegen. Bis zur Verabschiedung der Vorschriften unterliegen NGT-Saatgut und die daraus resultierenden Pflanzen weiterhin den bestehenden EU-Rechtsvorschriften über gentechnisch veränderte Organismen, die eigene Kennzeichnungsvorschriften enthalten.

Quelle: Politico (per Mail erhalten, Artikel nicht frei zugänglich)

De-Regulierung neuer Gentechnik-Verfahren in Kanada

Am 3. Mai hat der Minister für Landwirtschaft und Ernährung Änderungen an den Leitlinien der kanadischen Lebensmittelaufsichtsbehörde (CFIA) genehmigt, die zusammen mit ähnlichen Änderungen, die vom Gesundheitsminister bereits im Mai 2022 genehmigt wurden, es

Produktentwicklern ermöglichen, die Sicherheit ihres eigenen gentechnisch veränderten Saatguts und ihrer Lebensmittel ohne staatliche Aufsicht zu bewerten.

"Dies ist ein schockierender Verzicht auf Verantwortung durch unsere Regulierungsbehörden. Die Regierung hat die Sicherheit von gentechnisch veränderten Lebensmitteln vollständig in die Hände von Unternehmen gelegt, die sich vertraulicher, privater wissenschaftlicher Erkenntnisse bedienen", sagte Lucy Sharratt, Koordinatorin des Canadian Biotechnology Action Network (CBAN), "die Kanadier sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Regierung die Sicherheit vieler neuer gentechnisch veränderter Lebensmittel und Saaten nicht mehr bewerten wird. Wir brauchen eine unabhängige Wissenschaft und keine Selbstregulierung der Unternehmen."

Die Ausnahmen von der Regulierung gelten für gentechnisch verändertes Saatgut, das keine fremde DNA enthält, und für Lebensmittel, die aus diesen Pflanzen hergestellt werden. Diese gentechnisch veränderten Organismen (GVO) durchlaufen kein staatliches Genehmigungsverfahren bei Health Canada oder der CFIA, sondern können von Unternehmen auf den Markt gebracht werden, ohne dass der Regierung Daten zu deren möglichen Risiken vorgelegt werden müssen. Diese GVO können auch freigesetzt werden, ohne die Regierung oder die Öffentlichkeit zu informieren.

Dies führt dazu, dass unbekannte gentechnisch veränderte Lebensmittel und Saatgut auf den Markt kommen, die keiner unabhängigen Sicherheitsbewertung mehr unterzogen wurden.

Quelle: [Canadian Biotechnology Action Network](#)

Die zwei wichtigen Punkte in der neuen Regulierung:

1. Die CFIA erlaubt es den Züchtern, selbst zu bestimmen, ob die neuen GVO ein Problem darstellen könnten ([Richtlinie Absatz 4.4](#)): "Die Antragsteller sind dafür verantwortlich, festzustellen, ob es sich bei einer Pflanze um einen PNT handelt." (Plants with Novel Traits, PNT)
2. Sie stellen fest ([Richtlinie Absatz 4.5](#)): "Zusammenfassend betrachtet die CFIA eine Pflanze immer dann als PNT, wenn sie ein kommerziell nutzbares Herbizidtoleranzmerkmal aufweist und/oder wenn sie «Fremd»-DNA enthält. Außerhalb dieser Kategorien sieht die CFIA keine signifikanten negativen Auswirkungen und erwartet keine Anträge auf Zulassung solcher Pflanzen."

Das heißt, das kanadische Landwirtschaftsministerium und die CFIA halten gentechnische Veränderungen mit den neuen Methoden für so unproblematisch, dass sie keine Notwendigkeit mehr sehen, sie zu regulieren.

Diese Entscheidung sollte vor allem alle Biobauern weltweit interessieren, da sie einen Präzedenzfall darstellt. Sie macht neue GVO unsichtbar und stellt somit ein enormes Hindernis für den Export von kanadischen Bio-Pflanzen und -Saatgut dar.

Neue Gentechnik CH, D, Ö

Österreich: Gewessler und Rauch fordern Kennzeichnungspflicht

Österreichs Umweltministerin Leonore Gewessler und Verbraucherschutzminister Johannes Rauch appellierten nochmals an EU-Kommissarin Stella Kyriakides, eine Risikoprüfung für gentechnisch veränderte Produkte und die Kennzeichnungspflicht beizubehalten.

In einem Brief fordern die beiden grünen Minister eine strikte Regulierung und die Beibehaltung der bewährten, klaren Regeln für den Schutz der Konsumenten und der Umwelt. Vor einem Vorschlag für eine Neuregelung brauche es weitere Untersuchungen der Auswirkungen auf die Umwelt und den freien Zugang zu Saatgut für die Bäuerinnen und Bauern.

Für Konsumentenschutzminister Rauch ist klar: Auch für die sogenannte neue Gentechnik müssen Zulassung, Risikobewertung und Kennzeichnungspflicht gelten, „so wie wir es im Regierungsübereinkommen festgehalten haben.“ Er will gemeinsam für Transparenz auf den Tellern kämpfen.

Klimaschutzministerin Gewessler will mit ihrer Forderung nach strengen Regeln, den Ökolandbau vor Gentechnik zu schützen. „Diese Errungenschaft darf nicht durch eine EU-Gesetzgebung zur Neuen Gentechnik gefährdet werden.“ Gerade bei Produkten, die vielfältige Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt haben können, müsse eine ausreichende und ausgewogene wissenschaftliche Basis die Grundlage einer Neuregelung sein. Bereits beim EU-Umweltrat Mitte März hatte Gewessler eine Initiative gestartet, damit die Kommission das Vorsorgeprinzip bei neuen Züchtungsverfahren anwendet.

Quelle: [Wochenblatt DLV](#)

Siehe auch: [Euractiv](#)

Schweiz: Bio Suisse lehnt neue Gentechnik ab

Bio Suisse, der Dachverband der Schweizer Biolandwirtschaft, hat sich erneut klar gegen neue Züchtungsverfahren wie CRISPR/Cas positioniert und eine weitere Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums über 2025 hinaus gefordert. „Auch die neuen gentechnischen Methoden haben keinen Platz auf Bio-Höfen“, stellten die Delegierten von Bio Suisse am 18. April auf ihrer Frühlingsversammlung in einer Resolution fest. „Es geht um das Leben“, so Verbandspräsident Urs Brändli. Das Bio-System brauche keine Gentechnik, weil es mit und nicht gegen die Natur arbeite. Sollte das Moratorium nicht verlängert werden, wären Biobetriebe besonders betroffen,

warnte Brändli. Diese befürchteten, dass die Kosten, Risiken und Haftungsfragen an ihnen hängenblieben und das Vertrauen der Konsumenten verspielt werde. Je nach Regulierung würde die Arbeit der Biobauer dann schwierig bis unmöglich. Sollte das Gentech-Moratorium nicht verlängert werden, müssten zumindest die neuen Züchtungstechniken im Rahmen des Gentechnik-Gesetzes behandelt werden, fordert der Dachverband. Anstelle einer einseitigen Forschung an riskanten Technologien mit unbekannter gesellschaftlicher Akzeptanz brauche die Biozuchtung zusätzliche Mittel zur Erforschung neuer Sorten. Die jüngste Verlängerung des Gentech-Moratoriums hatte für ein hartes politisches Ringen gesorgt. Im März 2022 hatte die große Kammer des Schweizer Parlaments, der Nationalrat, für eine Verlängerung des nationalen Gentech-Moratoriums um weitere vier Jahre bis Ende 2025 gestimmt und die Regierung damit beauftragt, bis 2024 einen Entwurf für die gesetzliche Basis zur Regelung der neuen Züchtungsverfahren vorzulegen. Der Nationalrat folgte damit einer Empfehlung seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N), die neuen Züchtungstechniken weiter dem Moratorium zu unterwerfen. Der Ständerat, die kleine Parlamentskammer, übernahm kurz darauf die Lösung des Nationalrats, nachdem sie zunächst aber noch dafür plädiert hatte, dass die neuen Züchtungstechniken künftig nicht mehr unter das Gentechnikgesetz fallen sollten.

Quelle: [Bio Suisse](#), **siehe auch:** [Bio Suisse-Resolution](#)

Deutschland: Demeter-Delegiertenversammlung verabschiedet Resolution

Unter der Überschrift „Keine Gentechnik durch die Hintertür!“ verabschiedeten die Demeter-Delegierten im April 2023 eine [Resolution](#), in der sie sich [gegen eine De-Regulierung des Gentechnikrechts für neuartige Gentechnik](#) stellen.

Patente

Einige Saatgutunternehmen lehnen Patente ab, aber...

Kürzlich haben einige Saatgutunternehmen in Frankreich und Deutschland das angeprangert, was die Gegner von GVO seit Jahren sagen: Die Deregulierung der neuen Gentechniken würde die weitere Patentierung befördern. Die von einigen Saatgutunternehmen favorisierte Lösung besteht jedoch nicht darin, an der GVO-Kennzeichnung, die auch als Hinweis auf ein bestehendes Patent verstanden werden könnte, festzuhalten und noch weniger darin, den Geltungsbereich von Patenten zu beschränken. Im Gegenteil, einige von ihnen wollen die Bedingungen für den Zugang zum Patent und die Beilegung möglicher Konflikte untereinander regeln.

Anfang Februar 2023 organisierte der französische Berufsverband für Saat- und Pflanzgut (Semae) ein Symposium zum Thema "Sortenentwicklung im Dienste der Landwirtschaft im Jahr 2030". Bei zwei Round table Gesprächen, die sich mit den neuen gentechnischen Verfahren befassten, stellten einige Saatgutunternehmen, die sich sonst nur selten zu Wort melden, öffentlich die angeblichen Leistungen der Techniken der genetischen Veränderung und die Bedingungen für die Nutzung der damit verbundenen Patente in Frage. (...)

Quelle/ganzer Artikel: [InfOGM](#)

Siehe auch: [GM Watch: Plant breeders' associations and seed companies claim to oppose patents on new GMOs – but there's a catch](#)

► Deutscher Bauernverband: [Neue Züchtungstechniken dürfen nicht an Patentansprüchen scheitern](#)

«... Gleichwohl sieht der Bauernpräsident mit großer Sorge, dass das bisherige erfolgreiche System des Sortenschutzes dadurch ausgehebelt wird, dass nach derzeitiger Rechtslage genomeditierte Sorten unter das Patentrecht fallen können. Damit würde die weitere Verwendung von geschütztem Material und die gemeinschaftliche Nutzung des Zuchtfortschritts drastisch eingeschränkt. „Es darf grundsätzlich keine Patente auf Organismen, biologisches Material oder Gensequenzen geben. Das ist sowohl eine ethische Frage als auch eine klare Forderung von Seiten der Landwirtschaft. Würden die NBT zum Einstieg in Biopatente, werden sie scheitern und wir würden damit die Chancen dieser Technologie nicht nutzen können“, stellt Rukwied klar.

Ein solcher Einstieg in Biopatente hätte nach Einschätzung des DBV negative Folgen insbesondere für die mittelständischen Züchter in Deutschland und Europa. Es sei zu befürchten,

dass eine nicht unerhebliche Zahl an Unternehmen aus dem Markt ausscheiden und sich damit die Marktmacht der verbleibenden Unternehmen deutlich erhöht. Auch eine Ausdünnung der gezüchteten Fruchtarten sei wahrscheinlich. All dies könne nicht im Sinne der deutschen Landwirtschaft sein, so Rukwied. Er fordert daher die EU-Kommission auf, dafür zu sorgen, dass eine Freigabe der Neuen Züchtungsmethoden nicht zu Biopatenten führt. „Andernfalls wird der Berufstand die Bemühungen zu einer Freigabe der Methoden nicht mehr unterstützen.»

Österreich: Parlament sichert Patentverbot für Tier- und Pflanzenzüchtungen ab

In Österreich hat der Nationalrat am 27. April die Novelle des Patentrechts verabschiedet und damit Verbote für Patente auf Tiere und Pflanzen gestärkt. Unter anderem soll eine Umgehung des Verbots für konventionelle Pflanzen- und Tierzüchtungen verhindert werden. Konkret dürfen konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere nicht patentiert werden. Eingeschlossen sind auch Sorten oder Eigenschaften, die auf natürlichen Genveränderungen beruhen oder mit nicht zielgerichteter Mutagenese – also per Zufall – entstanden sind. Ausgeschlossen von Patenten werden außerdem Pflanzen, die zwar dieselben Eigenschaften wie patentierte haben, aber mit biologischen Verfahren hergestellt wurden. Laut der Leiterin des Bereichs Politik bei der Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt und ihre Entwicklung (Arche Noah), Katherine Dolan, ist Österreich mit dem Gesetz zum Vorreiter in Europa geworden. Das Regelwerk schließe ausdrücklich sämtliche Methoden der klassischen Pflanzenzucht von der Patentierbarkeit aus. Laut Arche Noah ist nun eine vergleichbare Anpassung des europäischen Patentrechts notwendig, um die Erteilung von Patenten auf konventionell gezüchtete Pflanzen endgültig zu verhindern. Im Saatgut-Bereich würden fast ausschließlich europäische Patente erteilt. „Die Verschärfung des österreichischen Patentgesetzes wird eine neue Debatte über Saatgut-Patente auf europäischer Ebene auslösen. Eine derartige Diskrepanz zwischen nationaler Gesetzgebung und der Erteilungspraxis des Europäischen Patentamts ist auf Dauer juristisch und politisch nicht tragbar“, erklärte Dolan. Arche Noah setzt sich nach eigenen Angaben nun gemeinsam mit der Allianz „No Patents on Seeds!“ für einen entsprechenden Beschluss des Verwaltungsrats des Europäischen Patentamts (EPA) ein. Die österreichische Gesetzesänderung werde voraussichtlich im Juni auf der Tagesordnung stehen. „Die Entwicklung in Österreich wird von vielen Regierungen, von der EU-Kommission und dem EU-Parlament sehr genau verfolgt. Es ist gut möglich, dass einige Länder nachziehen und dem österreichischen Beispiel folgen“, so Dolan.

Quelle: [No patents on seeds](#), **siehe auch:** [Arche Noah](#)

Neue gv-Produkte

Bayer: Gentechnik-«Innovationen» nach bekanntem Muster

Die Hauptversammlung am 28. April war die letzte für Bayer-Vorstandschef Werner Baumann, der nach 35 Jahren das Unternehmen verlassen wird. Am 1. Juni übernimmt sein Nachfolger, der US-amerikanische Manager Bill Anderson. In seiner vorab veröffentlichten Rede lobte Baumann das Unternehmen mit seiner „enormen Innovationskraft, innovativen Produkten und Technologien“. Der Infodienst Gentechnik stieß bei seinen Recherchen zu gentechnischen Neuentwicklungen jedoch vor allem auf herbizidresistente und insektengiftigen Mais-, Soja- und Baumwollpflanzen. Bayers aktueller Hoffnungsträger stammt aus konventioneller Züchtung.

Auf den Markt brachte Bayer beim gentechnisch veränderten (gv) Saatgut in den letzten Jahren vor allem Mais, Soja und Baumwolle mit zusätzlichen Erbgutveränderungen (Traits), um Insekten zu töten oder weiteren Pestiziden zu widerstehen. Dadurch sollen die Landwirte mit den zunehmenden Resistenzen bei Schädlingen und Unkräutern besser zurechtkommen. Für die Anbausaison in diesem Frühjahr bietet Bayer US-Farmern erstmals eine gv-Baumwolle an, die auch Gifte gegen Wanzen und Thripse produziert. Die neueste Maisvariante VT4PRO, die kurz vor der Markteinführung in den USA steht, hat das Ziel, den Maiswurzelbohrer besser zu bekämpfen.

Danach kommen in der Pipeline drei Entwicklungen, von denen zwei zugekauft wurden. Die größten Hoffnungen setzt der Konzern in einen Kurzhalm-Mais, der die ersten Feldversuche bereits hinter sich hat. Die Pflanze soll Unwettern und Stürmen besser widerstehen und dadurch Ernteauffälle verhindern. Sie „steht nun kurz vor der Markteinführung in Nordamerika“, heißt es in Baumanns Rede. Verkauft werden soll sie den Landwirten im Paket mit „angepassten und datengesteuerten Empfehlungen bezüglich der Bepflanzungsdichte, der Platzierung auf dem Feld und der Produktausbringung“, steht auf einer Bayer-Webseite, die das Ganze als „Smart Corn System“ anpreist. Über die Entstehung dieser Mais-Hybride schreibt der Konzern auf seiner Seite über Genom-Editierung: „Wir gehen an den Short Stature Corn (so heißt der Kurzhalm-Mais auf Englisch, Anm. der Redaktion), mit verschiedenen technologischen Ansätzen heran, einschließlich Züchtung (derzeit in Phase drei), Genom-Editierung (Entdeckungsphase) und Biotechnologie (ebenfalls in Phase drei, in Kooperation mit BASF).“ Bei der Linie, die nächstes Jahr auf den Markt kommen soll, handelt es sich laut Bayer um herkömmliche Züchtung.

Ist der Mais geerntet, könnten die Landwirte eine neue Zwischenfrucht säen, ein gentechnisch verändertes Acker-Hellerkraut. Die einjährige Winterpflanze wurde so verändert, dass sich das Öl ihrer Samen für die Biodieselherstellung verwenden lässt und der Presskuchen verfüttert werden kann. CCI heißt das Unternehmen, das die gv-Pflanze als CoverCress auf den US-Markt bringen will. Im August 2022 kaufte Bayer 65 Prozent von CCI, der restlichen Anteile gehören dem

Agrarhandelskonzern Bunge und dem Mineralölkonzern Chevron. Im Moment sucht CCI Landwirte in den USA für Demonstrationsversuche, die im Herbst 2023 beginnen sollen.

Die dritte Entwicklung des Konzerns ist noch weit vom Acker entfernt. Zusammen mit dem US-Biotechnologieunternehmen Ginkgo Bioworks arbeitet Bayer bereits seit 2017 an geneditierten Mikroben, mit deren Hilfe Getreide seinen Stickstoffbedarf selbst und ohne Dünger decken soll. Bisher können das nur sogenannte Knöllchenbakterien, die in Symbiose mit Wurzeln bestimmter Pflanzen wie Klee, Luzerne oder Bohnen leben.

Bayer arbeitet auch mit Pairwise zusammen, einem US-Unternehmen, das sich auf Crispr-Anwendungen in Nahrungspflanzen spezialisiert hat. Man habe in der Anbausaison 2022 „eine Rekordzahl von Mais- und Sojasorten getestet, die einen Nachhaltigkeitsvorteil versprechen“, heißt es in einer Mitteilung der beiden Unternehmen. „Sowohl Landwirte als auch Verbraucher könnten noch in diesem Jahrzehnt von den Vorteilen dieser neuen Sorten profitieren“, versprechen Bayer und Pairwise. Genauer gehen sie jedoch nicht auf diese Entwicklungen ein.

Quelle: [Infodienst Gentechnik](#)

US-amerikanische und äthiopische Forscher*innen entwickeln gv-Zwerghirse

Eine Vorprüfung, die durch das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) vor der Markteinführung durchgeführt wurde, hat ergeben, dass Zwerghirse, die durch Genom-Editierung so verändert wurde, dass sie eine halbzwergige Statur aufweist, gemäss den Regeln der USDA nicht der Biotechnologie-Regulierung unterliegt. Die neue Sorte wurde von amerikanischen und äthiopischen Forschenden entwickelt. Ihre geringere Wachstumshöhe soll ein Umknicken verhindern, das zu Ertragseinbußen von bis zu 25 % führt. Zwerghirse oder Teff ist ein kleines Getreide, das in Äthiopien beheimatet ist, wo es ein Grundnahrungsmittel für Millionen von Menschen ist und schätzungsweise bis zu zwei Drittel der im Land konsumierten Proteine und Ballaststoffe liefert. Teff ist auch eine wichtige Einnahmequelle für viele Kleinbauern in Äthiopien.

Quelle: [news wise.com](#)

In einem [Online-Beitrag](#) spricht sich Million Belay, Generalkoordinator der Alliance for Food Sovereignty in Africa (AFSA), gegen die gentechnische Veränderung von Äthiopiens altem Getreide, Teff, aus. Million Belay wirft fünf Fragen auf, die die Risiken und Unbekannten im Zusammenhang mit der gentechnischen Veränderung von Teff aufzeigen. Eine konsequente Anwendung der Agrarökologie könnte ein besserer Ansatz sein, um die biologische Vielfalt zu erhalten, die Widerstandsfähigkeit zu gewährleisten und die Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen.

Artikelserie von Inf'OGM zu gentechnisch veränderten Tieren

Derzeit werden nur sehr wenige gentechnisch veränderte Tiere vermarktet. Wie bei den Pflanzen zielt die Gentechnik im Tierbereich darauf ab, die Selektion bestimmter, vom Menschen als interessant erachteter Merkmale zu beschleunigen: ein quantitativer und qualitativer Sprung in der Domestikation von Tieren. Gleichzeitig häufen sich jedoch bei den Nutztieren die unerwünschten Auswirkungen.

Die Serie umfasst die folgenden Artikel:

- 1) Hornless GM cattle: a false solution
- 2) GMO animals: accelerated growth with deleterious effects
- 3) GMO and sterile insects: not very efficient
- 4) GMOs: when mammoths are Trojan horses
- 5) Are precision cattle farming and animal welfare can be reconcilable? 6) GMOs: a further step in the loss of autonomy for farmers
- 7) GMOs: making animals sick to hope to cure us
- 8) GMOs: ambiguity of the animal breeding industry
- 9) GMO: animals authorised... without formalities

Quelle: [Inf'OGM](#)

USA: Fleisch aus einem Forschungsprojekt mit genomeditierten Schweinen für den Verzehr zugelassen

Die US-Lebens- und Arzneimittelbehörde (FDA) hat Forschenden der Washington State University (WSU) die Genehmigung erteilt, das Fleisch gentechnisch veränderter Schweine für den menschlichen Verzehr freizugeben. Die Schweine wurden mit CRISPR gentechnisch so verändert, dass sie zur Zeugung von Nachkommen mit Merkmalen eines anderen männlichen Schweins verwendet werden können. Das Verfahren ist auch als Surrogatvater-Technologie bekannt. Dabei werden männliche Tiere durch das Ausschalten eines Gens unfruchtbar gemacht. Danach werden ihnen die Stammzellen eines anderen Männchens eingepflanzt, die Spermien mit den gewünschten Merkmalen des Männchens erzeugen, die an die nächste Generation weitergegeben werden können. So können Tiere mit hohem Zuchtwert intensiver genutzt werden.

Quelle: [Washington State University](#)

Alternativen & Verschiedenes

Deutschland: Demeter beschliesst Umstieg auf samenfeste Sorten bei Gemüse

Bislang war es lediglich eine Empfehlung, samenfeste Sorten im biologisch-dynamischen Gemüsebau zu verwenden. Auf der Demeter-Delegiertenversammlung am 18. und 19. April wurde der Verband beauftragt, ein Konzept für den schrittweisen Umstieg auf samenfeste Sorten bei Gemüse zu erarbeiten. Hintergrund des [Beschlusses](#) ist das Ziel der Demeter-Gemeinschaft, hochwertige und nährnde Lebensmittel für die Menschen zu produzieren. Mit Blick auf die Lebensmittelqualität sowie die Wahrung der Integrität der Pflanzen sollen dafür in Acker- und Gartenbau samenfeste Sorten verwendet werden.

Was [bei Getreide schon lange verpflichtend](#) ist, erfordert im Gemüsebereich einen wahren Paradigmenwechsel entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Aus nachzuvollziehenden, vorrangig ökonomischen Erwägungen werden im Demeter-Gemüsebau bislang in teils erheblichem Umfang Hybriden angebaut. Der Umstieg auf samenfeste Sorten wird daher als Gemeinschaftsaufgabe verstanden, bei der die Belange aller Beteiligten in der Wertschöpfungsgemeinschaft berücksichtigt werden sollen.

Beiträge der biologisch-dynamischen Gemüsezüchtung zur Agrobiodiversität

Was die biologisch-dynamische Gemüsezüchtung konkret zur Agrobiodiversität beiträgt, nehmen Dorothee Pfirrmann und Michael Fleck in einem Beitrag in der [Ausgabe 2/2023 der Zeitschrift Lebendige Erde](#) auf mehreren Ebenen in den Blick. Dabei geht es sowohl um den rechtlichen Umgang mit Sorten als auch das Kernanliegen des Vereins, eine hohe Sortenvielfalt innerhalb der verschiedenen Arten zur Verfügung zu stellen. Die züchterischen Herausforderungen bei Fremdbestäubern werden thematisiert sowie ein innovativer Züchtungsansatz beim Selbstbestäuber Salat vorgestellt.

Alte Anbaumethoden ermöglichen neue nachhaltige Lösungen

Die Kombination von Reisanbau und Tierhaltung könnte zur Deckung des weltweiten Nahrungsmittelbedarfs beitragen und den Erzeugern jährlich zusätzliche 150 Milliarden Dollar einbringen, während sie gleichzeitig die Umweltqualität verbessert. Diese Methode erhöht die

Reiserträge und reduziert im Vergleich zur Monokultur den Stickstoffabfluss, die Auswaschung und die Methanemissionen.

Quelle: [Science Daily](#)

Neue Studie von GRAIN zum globalen Avocado-Boom und seinen sozialen und ökologischen Auswirkungen

Avocados sind nach Bananen und Ananas die drittgrößte Obstsorte der Welt. Ihre Produktion nimmt eine immer größere Fläche ein und dehnt sich kontinuierlich auf neue Länder aus. Was sind die Auswirkungen dieser weltweiten Expansion? Welche Kräfte treiben sie an? Wie gelingt es diesem Modell, das sowohl auf globaler als auch auf lokaler Ebene funktioniert, die Preise hoch zu halten? Wie kam es zu dem derzeitigen Boom, bei dem Avocados bei großen Sportereignissen und Feierlichkeiten aller Art präsentiert werden? Was sind die sozialen Auswirkungen dieses undurchsichtigen Geschäfts?

Quelle: [GRAIN](#)

Giftregen aus deutscher Produktion

Risikante Pestizide, die in der EU längst verboten sind, werden in Brasilien auf Farmen versprüht. Dokumente zeigen, dass die Plantagen auch Firmen wie Nestlé beliefern.

Wenn es leicht sauer zu riechen beginnt, nach verschimmelten Orangen, dann laufen seine Kinder nach Hause, sagt der brasilianische Biobauer Jose Carlos de Almeida. Oft sei es dann schon zu spät. Bei vielen Anwohnerinnen und Anwohnern setzten dann tränende Augen, Kopfschmerz oder Atemprobleme ein, manchmal kratze die Haut oder es bildeten sich kleine Bläschen.

Der Grund, so erzählt es Almeida in einem WhatsApp-Telefonat mit ZEIT ONLINE, seien die "Angriffe aus der Luft". Ein benachbarter Großgrundbesitzer besprühe seine Felder hier in Nova Santa Rita, einer Kleinstadt nahe der Hafenstadt Porto Alegre im Süden Brasiliens, mit Pestiziden, "manchmal mehrmals pro Tag". Diese in der EU verbotene Praxis ist in vielen Regionen Brasiliens noch erlaubt, manche Einsätze hat Almeida auf Fotos festgehalten. "Beim letzten Einsatz im Januar war ich gerade bei der Salaternte", sagt er. Der Giftregen wehe auch zu den Feldern seiner Biokooperative herüber. Er verursache Ernteauffälle. "Er zermürbt die Menschen hier physisch und psychisch", sagt Almeida.

Wegen Krebsgefahr längst in der EU verbannt

Seit Jahren bereits versuchen betroffene Kleinbauern wie Almeida gegen den Chemikalieneinsatz der Großgrundbesitzer vorzugehen, meist ohne Erfolg. Im Fall der Biobauern von Nova Santa Rita allerdings ordnete eine Bundesrichterin Anfang 2021 den sofortigen Stopp des Pestizideinsatzes an. Dieser sei zwar nicht verboten, aber der Einsatz aus der Luft beeinträchtige die Produktion der benachbarten Landwirte auf inakzeptable Weise. Die Regelungen für den Einsatz müssten deutlich nachgebessert werden. Inzwischen darf offenbar wieder gesprüht werden. Laut Almeida geschieht dies auch mit deutscher Hilfe.

In einer Zivilklage der Landwirte sind die großen Namen der Agrochemie aufgeführt, darunter auch der Ludwigshafener Chemiekonzern BASF. In der EU verbotene Wirkstoffe der großen Unternehmen fanden sich auch auf einigen Blattproben der Landwirte wieder, wie Laboruntersuchungen zeigen. Manche Substanzen sind so bedenklich, dass sie, etwa wegen ihrer potenziellen Krebsgefahr, längst aus der EU verbannt sind.

Recherchen des Investigativnetzwerks Lighthouse Reports und Reporter Brazil zusammen mit dem [Guardian](#), [Mediapart](#) und ZEIT ONLINE zeigen nun, dass die umstrittenen Pestizide auch auf Orangen- und Zuckerfarmen zum Einsatz kommen, die Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé oder Coca-Cola beliefern. Dem Netzwerk liegen Hunderte Seiten von Spritzprotokollen aus dem Bundesstaat São Paulo vor, in denen die Flugunternehmen – oftmals handschriftlich – festgehalten haben, welche Stoffe sie wann über den Feldern verteilt haben. Diese Protokolle schickten sie an das brasilianische Landwirtschaftsministerium. (...)

Experten wie van der Sluijs sprechen angesichts des Doppelstandards bei der Pestizidhandhabung – Vorsicht in Europa und volles Risiko in Schwellenländern – von "molekularem Kolonialismus". Der Export gefährlicher Pestizide, sagt der UN-Sonderberichtersteller für Giftstoffe und Menschenrechte Marcos Orellana gegenüber Partnern von ZEIT ONLINE, verschärfe "Umweltungerechtigkeiten" und sei "eine Form moderner Ausbeutung". Er sieht die Chemiekonzerne in der Verantwortung: Diese müssten "sicherstellen, dass ihre Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen sind", wozu auch gehöre, dass Menschen keinen giftigen Pestiziden ausgesetzt werden.

Das jedoch ist in vielen Ländern des Globalen Südens oft tägliche Realität. Orellana sieht Europa in der Pflicht, beim Pestizidausstieg voranzugehen. Hier, wo mit BASF, Bayer und Syngenta drei der größten Produzenten sitzen, dürfe eine nachhaltige Regulierung nicht weiter verzögert werden.

Ein milliardenschweres Geschäft

Doch der Lobbydruck ist groß, denn mit rund 85 Milliarden Dollar Umsatz pro Jahr ist der weltweite Pestizidmarkt ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor. Gut 15 Milliarden Dollar, schätzen [Experten](#), werden mit hochgefährlichen Stoffen umgesetzt. Allein das Syngenta-Produkt Thiamethoxam, zeigte eine [Studie](#), brachte im Jahr 2018 rund 242 Millionen Dollar ein.

Entsprechend schwer tut sich die Politik. Nicht mal das Ziel der EU-Kommission, den Pestizideinsatz in der EU bis 2030 um die Hälfte zu verringern, ist bisher in eine verbindliche Regelung gegossen worden. (...)

Nun bereitet Landwirtschaftsminister Cem Özdemir ein [Exportverbot](#) vor, ein kleines zumindest. Es soll sich auf die gut 8.000 Tonnen Pestizidprodukte beziehen, die in der EU verbotene Substanzen enthalten und von Unternehmen wie BASF aus Deutschland ausgeführt werden.

"Gemessen daran, dass deutsche Exporte seit Jahrzehnten die Gesundheit und Umwelt von Millionen Menschen vergiften, wird die geplante Verordnung nicht reichen", sagt Susan Haffmans von der gemeinnützigen Organisation Pestizid Aktions-Netzwerk. "Sie wird ja nur den Export fertiger Produkte regeln, die Ausfuhr der reinen Wirkstoffe, eine fast viermal so große Menge, lässt sie völlig außen vor." Özdemir müsse nacharbeiten und sich zusätzlich für ein EU-weites Exportverbot einsetzen, damit es nicht bei einer "Schmalspurlösung" bleibe, die der Industrie große Schlupflöcher biete. BASF ließ bereits wissen, ein Exportverbot würde die "Verlagerung von Produktion" bewirken.

Wo immer die Stoffe auch produziert werden: Viele Pestizide erreichen auch deutsche Konsumenten. Auf Limetten aus Brasilien fand [Greenpeace](#) gerade einen "Giftcocktail" aus sieben Pestiziden. Sechs davon waren in der EU nicht zugelassen.

Quelle: [Die ZEIT](#)